

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 43 (1967-1968)
Heft: 2

Vorwort: Die Sonne scheint für alle Leut
Autor: Roth, Daniel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

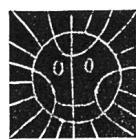
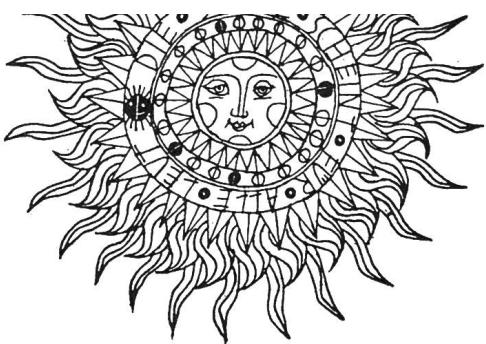
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Die Beteiligung an den Nationalratswahlen ist nicht so niedrig wie bei kantonalen Wahlen und vor allem bei eidgenössischen Sachabstimmungen. Aber auch sie ist seit dem Krieg von Jahrviert zu Jahrviert gesunken. Ich bin nicht der Meinung, aus dieser Erscheinung müsse auf einen rettungslosen Niedergang unseres Staates geschlossen werden. Es hat in unserem Land auch früher schon

Zeiten flauen Interesses an den politischen Ausmarchungen gegeben. Abgesehen von den 99prozentigen Beteiligungen an «Wahlen» in totalitären Staaten, sind auch die hohen Wählerprozente, welche beispielsweise die deutsche Bundesrepublik melden kann, kein untrügliches Zeichen politischer Gesundheit. Die vielen Wahlenthaltungen in unserem Land kommen sicher auch davon, daß der Bürger einerseits mehr an die Urnen gerufen wird, anderseits mit dem Gang der Dinge im ganzen nicht allzu unzufrieden ist. Und doch spürt man, daß am heutigen politischen Zustand unseres Volkes etwas nicht

mehr ganz im Blei ist. Ein Mittel, um die Zahl derer, die starken Anteil an unserem politischen Leben nehmen, wieder zu erhöhen, wäre die Einführung des Frauenstimmrechts. Zwar ginge die Stimmbeteiligung in Prozenten der Stimmberechtigten noch mehr zurück. Aber sie steige im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Und das scheint mir weit wichtiger. Freilich würde sich zugleich das Reservoir der nichtstimmenden Stimmberechtigten etwa verdreifachen. Die Gefahr ist nicht zu verkennen, daß politische Rattenfänger in einer Abstimmung oder einer Wahl plötzlich einmal diese Abstentionisten zu einem großen Teil mobilisieren und deren Unerfahrenheit für üble Zwecke einspannen könnten. Aber unsere politischen Verhältnisse sind so festgefahren, daß es kaum schadet, wenn die Maßgebenden ständig mit

etwas mehr Bewegung «von unten» rechnen müssen. Die allgemeine Einführung des Frauenstimmrechts könnte also mithelfen, das gegenwärtige politische Unbehagen in der Eidgenossenschaft zu überwinden. Aber sie würde die Ursachen nicht beseitigen. Diese liegen einmal darin, daß die Stimmbürger zu vielen wirklich großen Landesfragen – wie jene der Überfremdung und der Europapolitik – sich nicht rechtzeitig aussprechen können. Vor allem aber haben unsere Parteien kein ideologisches Fundament mehr, das zu überzeugen oder gar zu begeistern vermöchte. Am deutlichsten ist dies bei der Partei, die seit den dreißiger Jahren am meisten Wähler (ein klein wenig mehr als die Freisinnigen und die Konservativ-Christlichsozialen) aufweist: bei den Sozialdemokraten. Nicht daß die Sozialdemokraten einen Außenseiter aufstellten, ist das Bedenkliche. Aber daß es einer war, der sowohl ernsthaftes schweizerisches Politisieren als auch die Sozialdemokraten und ihre Wähler offensichtlich zu verachten scheint, das zeigt, wie tief die Krise dieser Partei im volkreichsten Kanton der Schweiz sein muß.

Das ist für die schweizerische Politik sehr unerfreulich. Es wäre Zeit, daß die Sozialdemokraten sich – wie es Ulrich Kägi vom «Volksrecht» im letzten Frühjahr schonungslos, aber ohne das verdiente Echo versucht hat – eine neue geistige Grundlage ihrer Politik erarbeiten würden. Ja, auch in den anderen Parteien wäre mehr grundsätzliche Auseinandersetzung dringend nötig.

Daniel Roth

